



# Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 36

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementpreis für 1 Jahr 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,  
Flaßgrabenstraße 1. Fernr. 5, 2246.

Hamburg, den 4. September 1915

Abonnenten kosten die fünfgehaltene Non-  
pareillezelle oder deren Raum 50 Pf. (Der  
Betrag ist stets vorher einzulösen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

29. Jahrg.

## Kollegen, denkt daran, jetzt ganz besonders für unsern Verband tätig zu sein!

### Das alte Lied.

Mit unverhohlenen Mißbehagen sahen die Feinde der modernen Arbeiterbewegung, daß beim Ausbruch und im Verlaufe des Krieges die deutschen sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in jeder Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit taten und daß infolgedessen die Arbeiterorganisationsstellen in den weitesten Kreisen Sympathien gewannen. Das paßte natürlich den Scharfmachern und Mäuschrittlern nicht in den Kram und sie erblickten ihre wichtigste Aufgabe darin, die bürgerliche Gesellschaft aus ihrem Vertrauensdusef aufzurütteln und sie gegen die Arbeiterbewegung aufzuheizen. Die Taktik, die sie dabei befolgten, haben wir bereits mehrmals aufgedeckt, sie läuft darauf hinaus, daß sie die Leistungen der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands möglichst verkleinern und daß sie andererseits die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter als roßende Wölfe hinstellen, die sich lediglich deshalb in ein harmloses Schafschaf gehüllt hätten, um die arglose bürgerliche Gesellschaft desto besser auffressen zu können. In erster Linie richtet sich das Wühlen des Scharfmachertums gegen die Sozialdemokratie, aber auch die Gewerkschaften kommen nicht ungeschoren davon. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ verübt es den Gewerkschaftsführern, daß sie, um die Einigkeit in der Arbeiterbewegung zu fördern, auf die schweren wirtschaftlichen Kämpfe nach dem Kriege hinweisen. Besonders macht sie es dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes zum Vorwurf, daß er auf der Generalversammlung in Berlin die Meinung ausgesprochen hat, die Kämpfe mit den Arbeitgebern würden sich nach dem Kriege noch schwieriger gestalten als vorher, weil das Unternehmertum zu wenig Gemeinfinn, aber desto mehr Eigensinn besäße. Davon hat der Kritikerschreiber, wie er behauptet, noch nichts bemerkt, er scheint also wie eine blinde Kuh im Lande herumzugehen, um von den Preistreibereien, Spekulationen und Kriegsgewinnen der Prozentpatrioten nichts zu sehen. Dafür bemerkt er aber ganz deutlich, daß der Gemeinfinn in den Kreisen der Arbeiter ganz bedenklich nachläßt. Die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Zeitungen beteuerten allerdings ihre nationale Gesinnung, im Grunde genommen aber wollten sie nur im trüben Wasser und für ihre Sache Stimmung machen. „Die Haltung der freigewerkschaftlichen Presse“, so heißt es wörtlich, „läßt deutlich erkennen, daß man in diesen Kreisen nicht im entferntesten daran denkt, aus der großen Bewegung unserer Zeit die rechten Schlussfolgerungen zu ziehen. Es ist tief bedauerlich, daß wir wieder und wieder in den Spalten dieser Organe auf Angriffe gegen die Arbeitgeber stoßen, die sich an Schärfe und Bösartigkeit um keinen Grad von der alten Tonart unterscheiden, die also einen recht häßlichen Gegensatz bilden zu der Einmütigkeit, von der die große überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes besetzt ist.“ Dabei nur vergessen wird, daß sich die Angriffe der Gewerkschaftszeitungen lediglich gegen jene Arbeitgeber richten, die die schwere Zeit des Krieges dazu benutzen, um sich auf Kosten ihrer Arbeiter und zum Schaden der Allgemeinheit die Taschen zu füllen. Oder kann uns das Scharfmacherblatt ein einziges Beispiel eines grundlosen, unberechtigten Angriffs nennen?

Da zur negativen Durchführung der kommenden Kämpfe die Einheit der Arbeiterbewegung eine unerlässliche Vorbedingung ist, so kann man sich denken, daß die Scharfmacher schamlos und händereißend zusehen, wie gewisse Leute versuchen, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben. Die „Arbeiterzeitung“ nimmt zu den leidigen Streitigkeiten in der Sozialdemokratie in einer Weise Stellung, die auch uns als Gewerkschafter interessiert. Sie spottet über die „Robolde und Irrlichter“, die in der Arbeiterbewegung ihr Unwesen treiben, über die Gernegroße und Wichtigmacher, die voll Bosheit und Lüge ein gefährliches Spiel anzustellen

suchen. Sie macht den Quertreibern den Vorwurf, daß sie die deutschen Arbeiter auf eine vaterlandsfeindliche Bahn locken und das mühsam aufgebaute Haus der Volkseinheit umstürzen wollten.

„Das Treiben dieser Dunkelmänner und Dunkelfrauen ist nicht nur geeignet, die Einmütigkeit innerhalb der Sozialdemokratie zu gefährden, was eine Sache wäre, die die Herrschaften unter sich ausmachen könnten, sondern es kann darüber hinaus zu einer wirklichen Beinträchtigung der allgemeinen vaterländischen Interessen führen. Demgegenüber hat die ganze bürgerliche Gesellschaft das Recht und die Pflicht, gegen derartige Mächenschaften mit aller Entschiedenheit Einspruch zu erheben. Wo es um Tod und Leben der Väter geht, ist es mehr als eine Triviale, ist es ein nahezu hochverräterisches Beginnen, wenn diese fragwürdigen Elemente sich anmaßen, den Staatsregierungen Vorschriften machen zu wollen. An und für sich könnte man über eine solche Marterlei kurzerhand hinweggehen, aber man weiß leider nur zu gut, daß ein Marter viele Martern macht, man kennt die Wandelmütigkeit weiter Kreise des Volkes, und die Tatsache, daß selbst in diesen schweren Zeiten solche unheimlichen Geister ihr Spiel beginnen, zeigt uns die Notwendigkeit, treu und sorgsame Wache zu halten. Man kann die Schwarmgeister wohl zeitweilig vertreiben, aber sie kommen immer wieder, um unser friedliches Schaffen zu stören, darum müssen wir stets auf der Hut sein, immer gerädet, solche Angriffe zurückzuweisen im Interesse unseres Vaterlandes.“

In diesen Sätzen, die ganz sachlich klingen, kommt der scharfmacherische Herdeseuf zum Vorschein. Der Artikelschreiber weiß ganz genau, daß die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter nach wie vor an der Stellungnahme vom 4. August 1914 festhält und von einer Frontveränderung nichts wissen will, aber er übertreibt die Gefährlichkeit jener kleinen Gruppe, um den nichtproletarischen Kreisen Angst einzujagen. Dabei weist er auf die Wandelmütigkeit weiter Volksschichten hin und läßt die Meinung durchblicken, als ob die heutige Minderheit leicht zur Mehrheit werden könne. Wir sind überzeugt, wenn erst der Krieg vorüber sein wird, werden die Scharfmacher mit den Ausrufen der Unzufriedenen freudig gehen und sie als die maßgebende Meinung der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinstellen. Die Ausführungen des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes sowie der Generalkommission und der Gewerkschaftspresse werden sie unter den Tisch fallen lassen, aber die Nebenarten und Nebenmysterien der Quertreiber werden sie immer und immer wieder aus der Versenkung emporsteigen lassen. Hierin liegt der Schaden für die Arbeiterbewegung: die radikalen Aussprüche, deren Bedeutungslosigkeit jedem Sachkennner bekannt ist, werden aufgeschaukelt und als roter Lappen dem verehrten Publikum unter die Augen gehalten. Leider steht zu befürchten, daß das Scharfmachertum seine Absicht auch erreichen wird, weil trotz des Krieges noch so viele Vorurteile gegen die Arbeiterbewegung bestehen und weil das Geldbeuteliinteresse die klare Einsicht abzuwehren trübt.

Schon heute wird in dieser Beziehung vorgebaut. In einem andern Artikel derselben Zeitung wird nämlich auf eine Erscheinung aufmerksam gemacht, die auf die gegenwärtige und zukünftige Haltung der sogenannten Arbeiterpartei in sozialpolitischen Dingen ein äußerst bezeichnendes Licht fallen läßt. Es handelt sich um die Erklärung des Parteivorstandes und Fraktionsvorstandes gegen die Parteizurückweisung, in der die neue Taktik abgelehnt und die Parteizurückweisung zurückgewiesen werden. Aber diese Zurückweisung ist nach der Meinung des Artikelschreibers nicht kräftig genug, denn „während eine von wirklich vaterländischem und nationalem Geiste erfüllte Körperschaft auf solche sinnlosen und hochverräterischen Angriffe die ganze Liebe ehrlichen Zornes ergossen hätte, bewegt sich die sozialdemokratische Erklärung in ziemlich lauen und flauen Ent-

schuldigungen und dürftigen Zurückweisungen“. Die verdeckte Anspielung auf die eigentliche Gesinnung der sozialdemokratischen Führer wird dann weiterhin noch unterstrichen durch die Behauptung, daß „die Parteihauptlinge“ unbeherrschbar seien und nach wie vor auf dem Standpunkte des unentwegten Klassenkampfes beharrten. Wie man sieht, weiß das Scharfmachertum wie eine Biene aus jeder Blume Honig zu saugen, und da es in dem eintönigen Zusammenhalt der deutschen Arbeiterbewegung ein Hindernis für seine selbstsüchtigen Zwecke erblickt, so sind die augenblicklichen Streitigkeiten in der Sozialdemokratie für diese Leute ein gesundes Fressen. Das sollten sich alle jene Eigenbrötler und Theoretiker merken, die ihre private Meinung über die Beschlässe der Allgemeinheit stellen.

### Die Notlage der Kriegerfamilien.

Die Fürsorge für die Kriegsverletzten und die Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen beschäftigt jetzt weite Kreise der Bevölkerung und erweckt lebhaftes Interesse in allen Bevölkerungsschichten, und man kann es begreifen, daß versucht wird, dahin zu kommen, wenigstens die größten Schädigungen von diesen Opfern des Krieges fernzubehalten und daß ferner dahin getrachtet wird, auch den für die übrige Bevölkerung eventuell entstehenden Schaden abzuwenden. Es werden trotzdem, selbst bei erfolgreichster Tätigkeit auf diesen Gebieten, immer noch genügend Einzelfälle übrig bleiben, bei denen die Kriegsfolgen die Familienverhältnisse erheblich verschlechtert haben, ganz abgesehen von den festlichen Einwirkungen, die der Tod von Familienangehörigen oder ihre Verletzungen hervorrufen.

Bei aller Fürsorge für die Hinterbliebenen und die Kriegsverletzten darf aber nicht vergessen werden, daß auch noch eine andere Schicht vom Kriege Betroffener hilfsbedürftig ist, die jetzt, wie es scheint, nicht mehr so im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, als dies bei Kriegsbeginn der Fall war: nämlich eine große Anzahl Familien von Kriegsteilnehmern.

In den ersten Kriegstagen bildeten die Kriegerfrauen den Mittelpunkt der allgemeinen Sympathie. Arbeitslosigkeit und Unterstützungen waren vielfach nur für sie vorhanden. Das änderte sich bald, nachdem von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden war, daß die Kriegerfrauen durch die staatliche Unterstützung wenigstens etwas zum Leben hätten, während die Männer und Frauen, die durch den Krieg arbeitslos geworden waren, vielfach ohne jede Mittel waren.

Nach und nach ist dann das Interesse für die Kriegerfrauen erheblich abgeklaut. Soweit es sich darin betätigte, unbefähigte Frauen zu bezorgten, nur weil sie Kriegerfrauen waren, war die veränderte Haltung zum Teil berechtigt. Das wieder funktionierende Wirtschaftsleben gab auch diesen Frauen vielfach Erwerbsgelegenheit; häufig hatten sie schon früher gearbeitet und ihre Tätigkeit gar nicht unterbrochen, so daß der Verdienst in Verbindung mit der Kriegsunterstützung die Not von ihnen und ihrer Familie fernhielt. In Einzelfällen waren sogar Kriegerfamilien wirtschaftlich besser daran als in der Zeit vor dem Kriege. Die Kenntnis solcher Fälle führte dann dazu, daß sogar vom guten Leben der Kriegerfrauen ganz allgemein gesprochen wurde.

Bei näherer Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien von Kriegsteilnehmern stellt sich aber heraus, daß die Mehrzahl schwer zu kämpfen hat, um in der jetzigen teuren Zeit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt auszukommen. Ein großer Teil muß sich unbedingt derartig einschränken, daß gesundheitliche Schädigungen, durch Unterernährung, veranlaßt, die Folge sein müssen. Viele Familien haben eben keine anderen Mittel für den Lebensunterhalt, als nur die Kriegsunterstützung. Diese beträgt für die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers monatlich M. 12 und für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich M. 6. Eine Kriegerfamilie mit nur einem Kind erhält also vom Staat M. 18 im Monat, mit zwei Kindern M. 24, mit drei Kindern M. 30, mit vier Kindern M. 36 usw. Mit diesen Summen können Familien, die kein Nebeneinkommen durch Arbeit oder durch Landbesitz haben, unmöglich die nötigen Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung bestreiten. Verschiedene Gemeinden zahlen deshalb ja auch Zuschüsse zur staatlichen Unter-

stärkung, aber leider nicht alle. Nur die wenigsten Gemeinden geben Zuschüsse in Höhe der staatlichen Unterstützung oder wohl noch mehr. In der Mehrzahl der Fälle, wo Gemeinden Zuschüsse gewähren, erreichen diese keineswegs die Höhe der staatlichen Unterstützung. Nach einer Umfrage, die die Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltet hat, gaben von 8740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern über 2000 überhaupt keine Unterstützungen an Kriegerfrauen und ihre Familien. In einer großen Anzahl Gemeinden, die Unterstützung in irgendeiner Form zahlten, war diese äußerst gering.

In solchen Orten sind nun die Kriegerfamilien entweder auf die private Wohltätigkeit angewiesen oder sie müssen versuchen, durch Arbeit etwas zu verdienen. Die Inanspruchnahme der privaten Wohltätigkeit wirkt aber immer etwas bedrückend; denn man hat dort nichts zu verlangen, sondern muß um Zuwendungen bitten. Die Gerechtigkeit erfordert allerdings, anzuerkennen, daß die private Wohltätigkeit in der Kriegszeit viel geleistet hat, und recht oft, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Trotzdem müssen sich die Menschen, die diese Hilfe in Anspruch zu nehmen gezwungen sind, bedrückt fühlen. Die Hauptsache aber ist, daß mit den von privater Seite zur Verfügung gestellten Mitteln die vorhandene Notlage der Kriegerfamilien nicht beseitigt werden kann. Allgemein geholfen kann nur werden, wenn durchweg die Gemeinden Zuschüsse zu der staatlichen Kriegsunterstützung leisten.

Damit den ärmeren Gemeinden dies möglich ist, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 2. Dezember einen Fonds von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus dem an arme Gemeinden Zuschüsse zu den Leistungen für Kriegerfamilien gezahlt werden können. Ganz leistungsschwachen Gemeinden können sogar die gesamten Aufwendungen für diesen Zweck zurückerstattet werden. Nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen ist aber noch nicht die Hälfte des Fonds aufgebraucht worden. Es ist dies ein Beweis dafür, wie wenig eine Anzahl Gemeinden gewillt sind, die Kriegerfamilien zu unterstützen. Der Grund für diese Haltung wird wohl ausnahmslos die mangelhafte Vertretung der Arbeiterschaft in den Gemeindeverwaltungen sein. Im andern Falle wäre es unverständlich, daß die vom Reich für Unterstützung der noleidenden Familien bereitgestellten Summen nicht in Anspruch genommen werden.

Nicht immer ist es den Kriegerfrauen möglich, ihr Einkommen durch Erwerbsarbeit zu erhöhen. Eine alleinlebende Frau wird, wenn sie gesund ist, dies ohne weiteres tun, und sie findet schließlich auch Arbeitsgelegenheit, wenn nicht im Hause, dann in Fabriken oder Werkstätten. Wo Kinder sind, ist die Übernahme von Erwerbsarbeit aber mit Schwierigkeiten verknüpft. Sind die Kinder klein, dann müssen sie beaufsichtigt werden. Das ist aber leichter gesagt als getan. Fremde Leute zur Aufsicht müssen bezahlt werden, und Kindergärten oder -horte usw. sind nirgends in genügender Zahl vorhanden, um alle Kinder aufzunehmen, die der Aufsicht mangeln. Frauen mit kleinen Kindern bleibt dann schließlich keine andere Erwerbsgelegenheit als Heimarbeit oder eine Tätigkeit, die sie nur auf kürzere Zeit vom Hause fernhält. Solche Erwerbsgelegenheiten bringen natürlich auch nur geringe Einnahmen. Das wichtigste aber ist, daß solche Stellen gar nicht in so großer Zahl vorhanden sind, um allen, die darauf reflektieren, Erwerbsgelegenheiten zu geben. Es gibt immer noch eine große Anzahl Frauen — nicht nur Kriegerfrauen —, die ihre Kinder allein lassen oder sie betreuten Familien und Nachbarn übergeben müssen, um außerhalb des Hauses Erwerbsarbeit zu leisten. Alle Familien aber haben nicht Gelegenheit, die Kinder unterzubringen, und außerdem finden alle Frauen beim besten Willen auch gar keine Beschäftigung. So bleiben also eine große Anzahl Familien übrig, die allein von der staatlichen Kriegsunterstützung leben müssen. Es sind denn auch bereits Fälle bekannt, wo größere Not und gesundheitliche Gefahren die selbstverständliche Folge sind.

Bei der Generalkommission ist über einige besonders trage Fälle Beschwerde erhoben worden. Auf Vortrefflichkeit hat hier das Reichsamt des Innern eingegriffen. Dieser Weg, der Kostlage von Kriegerfamilien abzuhelfen, ist aber nicht der richtige. Dadurch wird wohl im Einzelfalle, nicht aber der notwendigen Masse geholfen.

Das kann nur geschehen, wenn die Kriegsunterstützung erhöht wird und die Gemeinden gezwungen werden können, ihrerseits Zuschüsse zur staatlichen Kriegsunterstützung zu leisten, so daß es den Kriegerfamilien, die allein oder zum erheblichen Teil auf die Kriegsunterstützung angewiesen sind, auch möglich ist, damit die notwendigen Ausgaben zu bestreiten.

Die Erhöhung der staatlichen Unterstützung wird von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage beantragt werden. Ob die Sache erfolgreich sein wird, ist zweifelhaft. Es hängt davon ab, wie weit die Mehrheit im Parlament die Kostlage dieses in Frage kommenden Teiles der Bevölkerung erkennt hat.

Aber selbst wenn der Antrag Annahme findet, wird es nötig sein, die Gemeinden in höherem Maße als bisher zur Leistung von Zuschüssen heranzuziehen. Bei der Verzichtbarkeit der Lebensbedingungen in den einzelnen Gebieten kann nur durch die Gemeinden ein Ausgleich herbeigeführt werden. Wo die Arbeiterschaft in der Gemeindeverwaltung genügend vertreten ist, werden diese Vertreter entsprechende Anträge zu stellen haben und dafür eintreten. Wo aber der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung nur schwach ist, da müssen die Organisationen der Arbeiterschaft versuchen, durch gemeinsam gefaßte Beschlüsse die Gemeindeverwaltungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen.

**Der Wert der Konsumgenossenschaften.**

Der große Unwert aller Werte, der Krieg, hat eine Institution in den Vordergrund des Interesses gestellt, die bis jetzt in Deutschland ein rechtliches Nichts war. Wir wissen alle, welcher schweren Stand die Konsumvereinsbewegung selber bei uns hatte, wie sie im Gegensatz zu der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung von oben herab nicht nur keine Anerkennung und Förderung ihrer Interessen empfing, sondern sogar davor gegen Unterdrückung und Schmäherungen oft heimlichster Art zu kämpfen hatte. Er-

blidete man doch in gewissen Kreisen in den Konsumvereinen die Vernichter des „staatsverfallenden“ Zwischenhandels, und ihre enge Personalunion mit der Sozialdemokratie, die sich daraus ergab, daß beide Bewegungen die Mehrzahl ihrer Anhänger aus denselben Bevölkerungsschichten rekrutierten, diente auch nicht dazu, sie in jenen Kreisen beliebter zu machen.

Nun hat die große wirtschaftliche und mögliche Kraftprobe, vor die der Krieg unser Volk gestellt hat, das für viele wohl überraschende Ergebnis gezeigt: während der so verhängselte Kleinhandel und das ihm zugrunde liegende Prinzip der freien Konkurrenz gegenüber dem furchtbaren Ernst der Situation völlig versagt haben, indem seine Vertreter, besonders in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch, die Panik des Publikums zu einer geradezu wucherischen Einvorschaubung der Preise benutzten, die vielerorts behördliches Eingreifen notwendig machte, haben die Konsumvereine eine im besten Sinne gesellschafts- und staatsdienliche Rolle gespielt. Sie haben ihre Mitglieder zur Besonnenheit ermahnt, sie von unvernünftigen Masseneinkäufen zurückgehalten, und sie haben vor allem durch ihr möglichst langes Festhalten an den normalen Preisen den erwähnten Preistreibern einen vielleicht noch festere Damm gegenübergestellt, als dies selbst die Festlegung von Höchstpreisen, die sich immer nur auf gewisse Artikel beschränken konnte, vermochte. Sie haben durch diese und eine Reihe anderer Maßnahmen (Auszahlung der Spargelder, Dividendenverteilung) viel dazu beigetragen, daß unser Wirtschaftsleben nach jenem ersten Ansturm sehr bald wieder in ruhige Bahnen einlenkte. Mit ihrer krassen und finanziell gut fundierten Einkaufsorganisation sind sie vielfach instands gewesen, übertriebenen Forderungen der Großisten und Produzenten entgegenzutreten, denen gegenüber der zersplitterte und auf Kredit angewiesene Kleinhandeler machtlos war, und eben dadurch auch weiterhin einen günstigen und regulierenden Einfluß auf die Marktlage und auf die Lebenshaltung des kleinen Mannes aus. Dazu kommen die von den meisten Konsumvereinen in die Wege geleiteten Hilfsaktionen zugunsten notleidender Mitglieder, der Angehörigen der im Felde gefallenen Mitglieder oder notleidender Bevölkerungsteile überhaupt, und endlich die direkten Dienste, die die Konsumgenossenschaften der Landesverteidigung durch Lieferung von Brot- und Fleischlieferungen an das Heer, durch Zurverfügungstellung ihrer Lastautos zu Kriegszwecken usw. leisteten.

Alle diese Tatkunden konnten nicht verfehlen, einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Konsumvereine hervorzurufen. Am prägnantesten drückt sich dieser Umschwung wohl in der jetzt fast durchweg durchgeführten Aufhebung des Beamtenverbotes aus.

Auch sonst hat es den Konsumvereinen in letzter Zeit nicht an offizieller Anerkennung gefehlt. Wir erinnern an den Besuch, den die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden sowie die Präsidenten der parlamentarischen Körperschaften des Reichs und von Preußen am 14. November den Anlagen der Konsumgenossenschaft Berlin in Sichtenberg abstellten und bei dem Handelsminister Dr. Sydow, in dessen Ressort die Genossenschaft gewissermaßen fällt, der Bewunderung des Gehaltens warmen Ausdruck verlieh mit dem Wunsche, daß die Leistungen der Genossenschaft sich in Zukunft noch steigern möchten. Man darf diese Worte wohl als eine Gewähr dafür ansehen, daß nunmehr eine dauernde Wende in der offiziellen Behandlung der Konsumvereine eingetreten ist.

In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung stellte der Bürgermeister Travers dem dortigen Konsumverein das Zeugnis aus, daß er während der Krise außerordentlich gut gearbeitet habe und dank den großen Warenvorräten, die er allein am Platze gehabt habe, weiter zu den alten Preisen verkauft und dadurch die Händler gezwungen habe, mit ihren Preisen gleichfalls nicht in die Höhe zu gehen. In ähnlichem Sinne äußerte sich Oberbürgermeister Körbe in Königsberg.

Und auch die Anerkennung der Wissenschaft bleibt nicht aus. Gewiß gab es auch schon vor dem Kriege einzelne Gelehrte (Professor Staudinger, Professor Wilbrandt, Professor Franke), die warme Befürworter des Genossenschaftswesens waren, in dem sie ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage der minderbemittelten Klassen sahen. Aber erst das ungeheure Erlebnis des Krieges mit seinen wirtschaftlichen Folgererscheinungen hat hier, wenn auch vorläufig erst vereinzelt, zur Konzeption einer Wirtschaftsordnung geführt, deren leitendes Prinzip das der Solidarität und der Organisation sein wird, und in der naturgemäß auch den Genossenschaften eine außerordentlich wichtige Rolle zufallen wird. Sehr schön ist diese Auffassung zum Ausdruck gekommen in einem Vortrag, den der Münchner Professor Dr. Edgar Jaffe vor dem Polytechnischen Verein in Bayern gehalten hat. Der wesentliche Teil seiner Ausführungen ist in einem Flugblatt zusammengefaßt worden, das von der „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“ unter dem Titel: „Die neue Volkswirtschaft“ (Erlangen, Heimstätten; kostenfrei von dort zu beziehen) herausgegeben wurde. Jaffe legt in diesem Vortrag dar, daß der Krieg, der an unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit die höchsten Anforderungen stellt, gezeigt habe, daß das auf der freien Konkurrenz, dem ungehinderten Spiel der Kräfte angebaute, rein kapitalistische Wirtschaftssystem diesen Forderungen nicht genügt habe, daß wir vielmehr genötigt waren, um eine solche Höchstleistung zu vollbringen, uns all jener Formen und Bindungen zu bedienen, die eine Aushebung des Prinzips der wirtschaftlichen Freiheit bedeuten. Diese Erfahrungen und Bewegungen gelte es festzuhalten. Ohne die Leistungen des privaten Unternehmertums, dem er immer noch Sonderdienste zuzurechnen ganz ausschalten, nimmt Jaffe doch an, daß sich die neue Volkswirtschaft nach dem Kriege immer mehr auf der Basis großer öffentlicher (staatlicher und kommunaler) und nicht-öffentlicher (genossenschaftlicher) Gemeinschaften aufbauen werde. „Die alte, absterbende Wirtschaftsordnung ging auf Gewinn aus — gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf Leistung; die neue, die heranzukommt, in der wir zum Teil schon mitten drin stehen, geht auf Leistung, nötigenfalls auch ohne Rücksicht auf Gewinn. Damit bedeutet ihr Kommen aber zugleich das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems.“

Das alles ist nicht neu; wendlich oft ist schon von sozialistischer Seite auf diesen Reorganisationsprozeß der Gesellschaft, der sich vor unsern Augen vollzieht, hingewiesen worden. Aber daß es von einer solchen Stelle aus und vor einer solchen Jähreszeit vorgetragen werden konnte, das ist immerhin eine Tatsache, die bemerkt zu werden verdient. Wir sehen aus alledem, daß der furchtbare Krieg, der so

manches Ideal und manche Hoffnung auf lange hinaus vielleicht zertrümmert hat, auch aufbaut und uns neue Hoffnungen und Siegesgewissheiten schenkt.

**Von unsern Kollegen im Felde**

Wegen Tapferkeit vor dem Feinde haben in den letzten Tagen folgende Mitglieder der Filiale Wein, Nuss, jeckungen erhalten: Kollege Wilhelm Seckert die heilige Tapferkeitsmedaille unter Beförderung zum Gefreiten, Kollege Franz Wilhelm die heilige Tapferkeitsmedaille unter Beförderung zum Gefreiten und Kollege Theodor Vogelberger das Eisene Kreuz.

**Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.**

Berlin. Die große Lebensmittelteuerung, unter der unsere Kollegen sehr zu leiden haben, bestimmte den Filialvorstand, an den Verband der Malereigeschäfte Berlins ein Besuch um Gewährung einer Teuerungszulage zu richten. Darin wurde auf die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse hingewiesen und besonders erwähnt, daß vor allem die dem Berufe bisher treugebliebenen Gehilfen geschädigt würden; denn die in andere Gewerbe und Industrien Abgewanderten arbeiteten dort meist zu günstigeren Bedingungen. Wendeten sich immer mehr Gehilfen wegen zu geringen Verdienstes andern Berufen zu, dann erwachse dem Malergewerbe die Gefahr, daß ihm ein großer Teil tüchtiger Kräfte, die zu gegebener Zeit nötig gebraucht würden, verloren gingen. — Ein gleiches Gesuch wurde auch den verschiedenen Innungen unseres Gewerbes in Groß-Berlin gestellt. — Auf unsere Eingabe ging am 10. August folgende, von Herrn Kruse unterzeichnete Antwort ein:

Begleichmünd auf Ihr werthes Schreiben vom 17. Juni sind wir beauftragt, Ihnen nachstehendes zu übermitteln: Nachdem Anträge mit dem gleichen Inhalt bei den Vorständen der Malerinnungen Groß-Berlins eingegangen und in den Juli-Quartalsversammlungen beraten worden sind, hielt der Vorstand des Verbandes der Malereigeschäfte von Berlin und den Vororten als Ihr Tarifkontrahent sich verpflichtet, die Obermeister beziehungsweise Vorstandsmitglieder dieser Innungen zu einer Besprechung zu laden, um in gemeinsamer Verhandlung festzustellen, wie weit es möglich ist, Ihren Anregungen zu entsprechen.

Bei dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß keine Innungsversammlung sich für Gewährung einer Teuerungszulage ausgesprochen hat. Da die Mitglieder unseres Verbandes zum weitest größten Teil auch Mitglieder der Innungen sind, würde bei der von Ihnen beantragten gemeinsamen Sitzung ein anderes Resultat auch nicht zu erzielen sein. Die Vorstände der Innungen und der unterzeichnete Verband teilen Ihre Ansicht, daß die große Steigerung der Lebensmittelpreise, die im Laufe des Krieges eingetreten ist, recht schmer auf allen Bevölkerungsschichten lastet. Nicht allein die Arbeiter des Malerberufes, sondern auch die Arbeitgeber unseres Gewerbes, welche zum weitest größten Teil Kleinmeister sind, empfinden die Teuerung recht empfindlich, die bei letzteren noch durch die ungenügende Beschäftigungsgelagenheit und durch die ungeheure Steigerung der notwendigsten Materialien ganz besonders ins Gewicht fällt.

Durch die machenden Einziehungen zum Heeresdienst hat zwar nach den Mitteilungen der Tages- und Gewerkschaftszeitungen die Arbeitslosigkeit, die zu Anfang des Krieges recht bemerkbar war, wesentlich abgenommen; die Position der nichteingezogenen Arbeiter im Malerberuf hat sich zweifellos gebessert, während sich die Lage der Arbeitgeber unseres Berufes infolge der Zahlungsunfähigkeit unserer Auftraggeber täglich weiter verschlechtert.

Trotz dieser schwierigen Lage haben die Arbeitgeber des Malergewerbes Groß-Berlins die im Frühjahr dieses Jahres tariflich vorgesehene Lohnerhöhung durchweg bezahlt; nicht eine Beschwerde ist bei uns eingegangen, daß auch nur ein Mitglied sich gewiegert hätte, den Tarifvertrag voll zu erfüllen, ein Beweis dafür, wie sehr der Tarifgehalt in unsern Kreisen erfährt ist. Es wäre gewiß ein leichtes gewesen, bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit Lohnzurückungen vorzunehmen. Die Organisationen der Meister sowohl wie der Gehilfen wären dagegen machtlos gewesen. Da wir nun als Tarifkontrahenten die Abmachungen des Tarifvertrages voll und ganz respektiert haben, erwarten wir auch von Ihnen beziehungsweise Ihren Mitgliedern ein gleiches. Unsere Mitglieder vertreten den Standpunkt, daß mit der Gewährung von Zulagen, die im Tarifvertrage nicht vorgesehen sind, eine tatsächliche Ausschaltung des wichtigsten Teiles des Tarifvertrages zu erblicken ist, der dem ganzen Tarifwesen unmöglich förderlich sein kann.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß in einigen Betrieben bereits die Arbeiternehmer Teuerungszulagen gefordert und bei Nichtabwilligung mit Arbeitsniederlegung gedroht haben. Als selbstverständlich nehmen wir an, daß Sie diesen Maßnahmen fernstehen, da Sie uns auch in Ihrem werthen Schreiben vom 17. Juni besonders versichern, daß Sie auf dem Boden der Tarifverträge stehen. Wir bitten Sie, im Interesse unserer gemeinsamen Bestrebungen auf Schaffung geregelter tariflicher Arbeitsverhältnisse auf Ihre Mitglieder einzuwirken, Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen, die doch nur zu Enttäuschungen führen müßten, zu unterlassen und auf die überaus schwierige Lage hinzuweisen, in der sich die Arbeitgeber des Berufes befinden.

Die jetzige schwere Zeit erfordert große Opfer; mehr als die hier befindlichen Berufsangehörigen, gleichviel ob Meister oder Geselle, haben unsere Berufsangehörigen im Felde zu leiden; für uns alle aber gilt die Parole „durchhalten“ in der Hoffnung, daß nach dem Kriege auch dem Malergewerbe ein neuer Aufschwung beschieden sein mag.

Diese Antwort ähnelt in verschiedenen Punkten dem Bescheid, den auch den Arbeitern des Baugewerbes kürzlich von ihren Unternehmern auf ein Gesuch um eine Teuerungszulage zugeht, teils ist sie ihm wörtlich entnommen. So gering auch unsere Hoffnungen auf ein zeitgemäßes Entgegenkommen waren, so nahmen wir doch nicht an, daß die erfolgte Zahlung

der am 1. März d. J. fällig gewesenem Lohnverhältnis so sehr in den Vordergrund gerückt und gewissermaßen als ein Entgegenkommen hingestellt werden würde und daß die Ansicht aufkommen könnte, die freiwillige Vereinbarung einer durch ganz außergewöhnliche Verhältnisse bedingten Lohnzulage auf eine bestimmte Frist könnte dem Tarifwesen Abbruch tun; ist doch die Bezahlung über den im Tarif festgelegten Lohn schon immer üblich, ja in unserm Tarifvertrag direkt begründet. Wir wollen jedoch in diesem Moment uns über die aufgeworfene Frage nicht weiter verbreiten und bescheiden uns damit, daß man der schwierigen Lage unserer Kollegen nicht zeitgemäß Rechnung getragen hat, wohl in der Hauptsache, weil man bei unserm Erachtens nicht zutreffenden Meinung war, daß die Mehrzahl der Arbeitgeber jetzt ebenso laide wie die Gesamtheit der Gehilfen. — Im übrigen ist uns nicht bekannt, daß in einzelnen Betrieben bei Nichtgewährung von Teuerungszulagen mit Arbeitsniederlegung gedroht worden ist.

Den Wunsch unseres Arbeitgeberverbandes, daß nach dem Kriege auch unser Gewerbe ein neuer Aufschwung beschieden sein möge, teilen wir natürlich voll und ganz und knüpfen daran die besondere Erwartung, daß dann auch die Gehilfenschaft sich Existenzbedingungen erlangen kann, die den gegebenen Existenzverhältnissen tatsächlich entsprechen.

## Aus Unternehmerkreisen.

Die Entwicklung der deutschen Unternehmerverbände. Das Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, zumal das mächtigste Anwachsen der freien Gewerkschaften, hat die Unternehmer angepoent, ebenfalls ihre Organisationen auszubauen. Es ist ihnen auch in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, die Großindustriellen wie die mittleren und kleinen Unternehmer zu großen, weitverzweigten Kampfsorganisations gegen die Gewerkschaften zusammenzuschließen, zu Organisationen, die sich um das religiöse oder politische Bekenntnis ihrer Mitglieder nicht bekümmern. Eine Uebersicht über den Stand und die Entwicklung der Unternehmerverbände im Deutschen Reich gibt das 11. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“. Es betrug danach im letzten Jahrflust die Zahl der

Jahr	Verbände insgesamt	Reichsverbände	Berufsverbände	Ortsverbände	erfassten Mitglieder	Beschäftigten Arbeiter
1910	2618	84	474	2055	115 095	8 854 680
1911	2928	98	474	2361	127 424	4 027 440
1912	3086	108	461	2521	182 486	4 878 276
1913	3781	111	511	2809	145 207	4 641 861
1914	8670	121	509	8040	167 678	4 841 217

In unzweifelhafter Weise wird hier gezeigt, wie die Unternehmerverbände im Wachsen begriffen sind. Während zu Anfang 1910 insgesamt 2618 Verbände mit 115 095 Mitgliedern vorhanden waren, bestanden zu Anfang 1914 schon 8670 bezahlte Vereinigungen mit 167 678 Mitgliedern. Das ist innerhalb fünf Jahren eine Zunahme um 1057 Verbände und 52 578 Mitglieder. In dem gleichen Maße hat sich auch, wie die Tabelle weiter zeigt, die Zahl der bei diesen beschäftigten Arbeiter gesteigert.

Nach Berufsgruppen geordnet, waren zu Anfang 1914 die meisten Unternehmer im Baugewerbe (48 065), im größeren Abstand sodann in der Metallindustrie (18 374), in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (14 951), in Gasse- und Schenkwirtschaft (14 656) und im Bekleidungs-gewerbe (12 684) organisiert. Zieht man die berufliche Verbreitung in Betracht, wie sie aus der Zahl der Beschäftigten hervorgeht, so steht die Metallindustrie mit 958 693 beschäftigten Arbeitern an erster Stelle. Die nächstgrößte Gruppe ist die vom Bergbau und Hüttenwesen, dann das Baugewerbe und die Textilindustrie mit etwas mehr als je 600 000 Arbeitern. Etwas über 200 000 Arbeiter sind bei den organisierten Unternehmern der Stein- und Erdenindustrie, der Bekleidungsindustrie und nahe an 200 000 Arbeiter in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigt. Gegenüber dem Jahre 1913 ist bezüglich der Mitgliederzahl ein Rückgang eingetreten in der Gruppe Landwirtschaft usw., ferner im Bergbau und Hüttenwesen, in der Textilindustrie, im Bau- sowie im polygraphischen Gewerbe und in den freien Berufen. Die Zahl der Beschäftigten dagegen hat sich vermindert in der Papier-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, weiter im Bau- und polygraphischen sowie im Handels- und Transportgewerbe. In allen übrigen Berufsgruppen ist im Jahre 1914 die Zahl der Mitglieder und Arbeiter höher als im Jahre vorher.

## Gewerkchaftliches.

Militärische Lohnfestsetzung. Die kommandierenden Generale des 12. und 19. sächsischen Armeekorps haben folgende Bekanntmachung erlassen:

„Alle im Bereiche der stellvertretenden Generalkommandos des 12. und 19. Armeekorps wohnenden Unternehmern, die Mitarbeiter für militärische Bekleidungsstücke jeglicher Art — sei es für die Kriegsbekleidungsämter 12 und 19, sei es für andere Kriegsbekleidungsämter oder deren Zweigstellen — von Arbeitskräften anfertigen lassen, die innerhalb der beiden genannten Korpsbereiche wohnen, sind verpflichtet, diejenigen Macherlöhne zu zahlen, welche die Kriegsbekleidungsämter 12 beziehungsweise 19 für die betreffenden Anfertigungen festgesetzt haben. Hierbei gelten für die im Korpsbereich 12 wohnenden Arbeitskräfte die Macherlöhne des Kriegsbekleidungsamtes 12 und für die im Korpsbereich 19 wohnenden Arbeitskräfte die Macherlöhne des Kriegsbekleidungsamtes 19.“

Weiter wird darauf hingewiesen, daß auch den über die Anfertigung der Macherlöhne an die Arbeitnehmer bereits getroffenen Bestimmungen der Kriegsbekleidungsämter gewissenhaft nachzukommen ist.

Eine Weitergabe von Aufträgen der Kriegsbekleidungsämter 12 oder 19 ohne Wissen und ohne Genehmigung des auftraggebenden Amtes in den Bereich eines andern Amtes ist verboten.

Bei Nichtbefolgung vorstehender Anordnungen haben die Unternehmer die sofortige Entziehung der Arbeit sowie die Einschleppung ihrer Werkstätten auf die Dauer des Krieges zu gewärtigen.

Der energische Vor, in dem hier die gesamten militärischen Kommandostellen die Einhaltung der für die Militärarbeit

vereinbarten Löhne fordern und der Verschlebung von Aufträgen entgegenzutreten, läßt deutlich erkennen, welcher Art die Gefährdungen sind, die sie mit den Unternehmern der Bekleidungsindustrie mit Beziehung auf die Innehaltung von eingehängenen Lohnverpflichtungen gemacht haben. Leider ist dies Verhalten keine bloße Kriegerscheimung. Deswegen findet sich hoffentlich auch nach eingetretener Friedenschluß die Möglichkeit, so gezielte Elemente im Unternehmertum zur Pflicht zurückzuführen.

## Arbeiterversicherung.

Die Krankenkassen während des Krieges. Der Einfluß des Krieges ist auf die deutsche Krankenversicherung nicht so drückend gewesen, wie man im Anfang beklagte. Die Krankenkassen haben das erste Kriegsjahr gut überstanden. Die fortlaufenden Einberufungen verringern zwar andauernd die Mitgliederzahlen, aber die Leistungsfähigkeit der Kassen ist trotzdem nicht gesunken, weil der Krankenbestand im gleichen Maße herabging. Am 1. Juli 1914 entfielen auf eine Klasse 1156 männliche und 606 weibliche, zusammen 1761 Versicherungspflichtige; am 1. Januar 1915 828 männliche und 581 weibliche, zusammen 1387 Versicherungspflichtige; am 1. April 1915 748 männliche und 550 weibliche, zusammen 1246 Versicherungspflichtige. Nach einer vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen ausgenommenen Statistik waren bei 851 Ortskrankenkassen am 1. Januar 1914 8,88 pSt. der männlichen und 2,89 pSt. der weiblichen, zusammen 8,48 pSt. der Mitglieder arbeitsunfähig krank; am 1. Januar 1915 dagegen waren nur 2,78 pSt. der männlichen und 2,47 pSt. der weiblichen, zusammen 2,59 pSt. der Mitglieder arbeitsunfähig krank. Der Krankenbestand ist also um ein Viertel bezogen auf Friedenszeiten herabgesunken. An Krankengeld war eine eigentliche Mehrbelastung bei der Mehrzahl der Kassen kaum zu beobachten. Dagegen haben sich die Leistungen an Sterbegeld vermindert.

Das Gesamtvermögen der deutschen Krankenkassen beträgt nach dem letzten Rechnungsabschluss 810,8 Millionen Mark. Es hat damit eine Steigerung von 8,5 Millionen Mark erfahren. Den höchsten Vermögensstand haben mit 162,8 Millionen Mark die Ortskrankenkassen aufzuweisen; dann folgen die Betriebskrankenkassen mit 140,9 Millionen Mark, die Innungskrankenkassen mit 8,2 Millionen Mark und die Baukrankenkassen mit 4,1 Millionen Mark. Ungünstig liegen die Verhältnisse bei der Gemeindekrankenversicherung; denn hier sind die Passiva um 1,2 Millionen Mark höher als die Aktiva.

## Sozialpolitisches.

Verbesserung der Brotversorgung. Wie von amtlicher Seite bekanntgegeben wird, hat das Direktorium der Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidekasse mit Zustimmung des Kuratoriums folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Zur Herstellung von Mehl ist Brotgetreide mindestens bis zu 75 vom Hundert auszumahlen.
2. Die Mehlmengen, die täglich auf den Kopf der Zivilbevölkerung verbraucht werden darf, wird einschließlich der Zulage für die schwer arbeitende Bevölkerung auf 250 gr festgesetzt; die Befugnis des Kommunalverbandes, bei der Unterverteilung dieser Mehlmengen Unterschiede zugunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung zu machen, wird hierdurch nicht berührt.
3. Die Menge, die ein Selbstversorger verwenden darf, wird auf den Kopf und Monat mit 10 kg Brotgetreide festgesetzt. Dabei entsprechen 1 kg Brotgetreide 750 g Mehl.

Die Beschlüsse treten mit dem 1. September, der Beschluß zu 2 mit dem 15. September 1915 in Kraft.

Das Kuratorium der Kriegsgetreidegesellschaft hat also beschlossen, mit der Ausmahlung auf 75 pSt. herunterzugehen, während im abgelaufenen Jahre bis 80, sogar bis 88 pSt. und mehr ausgemahlen werden mußten. Durch dieses Herabgehen in der Ausmahlung tritt eine wesentliche Verbesserung für Mehl und Brot ein, das sowohl in der Qualität wie im Aussehen besser wird. Vor allen Dingen wird dadurch erreicht, daß den Landwirten künftig 25 pSt. Kleie verbleiben und daß auf diese Weise für die Milchzucht und Schweine die Futtermittel erheblich verstärkt werden.

Was die Brotalationen anlangt, so konnte man auf Grund der bis jetzt vorliegenden Schätzungen noch keine wesentlichen Änderungen vornehmen. Pro Kopf waren bis jetzt 20 Gramm Brot berechnet und für die schwer arbeitende Bevölkerung konnten noch 20 Gramm durchschnittlich zugelegt werden. In Zukunft wird diese durchschnittliche Zulage auf 25 Gramm erhöht. Es steht den Kommunen nach wie vor frei, diese 25 Gramm beliebig zu verteilen, so daß weniger schwer arbeitende Schichten vielleicht 10 Gramm Zulage bekommen, andere schwerer arbeitende 40 und 50 Gramm.

Hinsichtlich der Selbstversorgung bleibt es wie es bisher war. Es ist aber jetzt bereits mit Bestimmtheit zu erwarten, daß, sobald der wirkliche Ausbruch vorliegt, wir im Winter mit einer Erhöhung der Brotalationen werden rechnen können. Ein besonders erfreuliches Ergebnis hat die bisherige Ernte dadurch gebracht, daß die Belieferung der Nahrungsmittelfabriken, der Mädel-, Molkerei- und Ölsäbriken wesentlich erhöht werden kann. Dadurch wird erreicht, daß der Mangel an bestimmten Hülsenfrüchten durch Mehlfabrikate ausgeglichen wird. Diese härtere Belieferung der Nahrungsmittelfabriken tritt sofort ein.

Regierung und Lebensmittelteuerung. Einer Betrachtung, die der Berliner Vertreter der „Königlichen Volkszeitung“ (Nr. 672) der vierten Kriegstagung des Reichstages widmet, entnehmen wir die folgenden Bemerkungen über die Lebensmittelteuerung während des Krieges:

„Da mag die Regierung ein Duzend Statistiken ausmachen; sie mag hunderte Berechnungen und Vergleiche mit dem Ausland anstellen; sie mag die besten Gründe für die theoretischen Ursachen der Lebensmittelteuerung finden. Dafür sagt ihnen im Volke kein Mensch auch nur „Danke schön“. Das Volk hält sich an die Tatsache, daß Kaffee, Tee und manche andere Dinge, die wir nur aus dem Auslande beziehen, kaum

im Preise gestiegen sind, daß aber Kartoffeln, Butter, Käse, Milch, Zucker eine über alle Maßen starke und durch nichts gerechtfertigte Teuerung erfahren haben.“

Anfangs Juli kam ich in eine rein ländliche Gegend. Stundenweit im Umkreis herrscht landwirtschaftlicher Betrieb, Viehzucht; stundenweite Wege braucht's bis zur nächsten Kleinstadt. Also keine Mittel- und keine Großstadt liegt in der Nähe. Da zahlte man für das Pfund Butter Anfangs Juli M. 1,70, 14 Tage später M. 2,20, kein Mensch wird für die 50 % Preissteigerung in 14 Tagen nur einen vernünftigen Grund anführen können. Ein anderes Beispiel: Ein mir bekannter Gutbesitzer in Schlesien verkaufte im letzten Winter an die Zentralfabrik für Kartoffelverfärbung 7000 Zentner Kartoffeln zu M. 8. Das waren M. 56 000. In Friedenszeiten brachten ihm die 7000 Zentner Kartoffeln M. 14 000 wenn's hoch ging M. 20 000. Da die Reichsstelle für Kartoffelverfärbung später wegen Ueberflusses nicht mehr brauchen konnte, wurden die Kartoffeln, für die M. 8 bezahlt waren, zu M. 2,75 weiterverkauft.

Solchen Vorkommnissen muß im Winter vorgebeugt sein; denn wir haben das zweite Kriegsjahr begonnen und Erfahrungen hinter uns. Wenn der Reichstag in den Kommissionen und im Plenum über die Lebensmittelteuerung spricht, dann möge er Entschuldigungen für das Fehlschlagen der Regierungsalitionen des vergangenen Jahres mit gutem Glauben annehmen. Kein Mensch hätte im vorigen Jahre die Verantwortung für eine Unterlassung dieser Aktionen übernehmen wollen. Aber nach den Erfahrungen eines Kriegsjahres wird der Reichstag vom Reichsamt des Innern im zweiten Kriegsjahr ein schnelleres, zielicheres Handeln und eine klare, feste Richtung in der Frage der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes verlangen können. Die alte Wendung: „Es sind Erhebungen und Erwägungen im Gange.“ wird im zweiten Kriegsjahre beim Reichstag nicht mehr Geltung haben können. Die Regierung hat bis jetzt mit großer Sorgfalt über die Erhaltung der Einigkeit und Zufriedenheit im deutschen Volke, über die Aufrechterhaltung des Burgfriedens gewacht. Aber wenn etwas den Burgfrieden unter den Parteien und unter den Erwerbsständen gefährdet und die Einigkeit im deutschen Volke stört, so ist es die Teuerung gerade der Lebensmittel, die wir in genügender Menge im Inland selbst hervorbringen.“

Wertgewinne und Kohlentuerung. „Wenn nun zu einer weiteren Preiserhöhung gegriffen werden muß, so wird dies nicht zu dem Zweck geschehen, um nach dem Vorbild vieler anderer Industriezweige, deren Dividenden während der Kriegszeit auffällig gestiegen sind, außergewöhnliche Kriegsgewinne zu erzielen, sondern um einem weiteren Ertragsrückgang vorzubeugen, der bei unveränderten Preisen mit Sicherheit eintreten und den Haushalt fast aller Gemeinden im Industriebezirk auf das Empfindlichste treffen würde.“ Mit diesen Argumenten „begründete“ die „Vergewaltigung“ in Nr. 174 die Notwendigkeit einer weiteren Preiserhöhung. Inwiefern diese Begründung zutrifft, zeigen uns die Ueberschüsse der Zechen.

Es betragen nämlich die Ueberschüsse von 21 Zechen, nach Halbjahren berechnet: 1. Halbjahr 1914 M. 21 981 439, 2. Halbjahr 1914 M. 10 888 065, 1. Halbjahr 1915 M. 15 575 881. Einem Gewinn von 21,98 Millionen Mark im 1. Halbjahr 1914 steht ein solcher von 15,57 Millionen Mark im 1. Halbjahr 1915 gegenüber, das sind 70,7 pSt. Gewinne vom 1. Halbjahr 1914. Da die Kohlenförderung ebenfalls etwa 70 pSt. beträgt, so kann von einem weiteren Sinken der Ertragsniffe“ nicht die Rede sein. Im Verhältnis zur Förderung sind die Gewinne dieser Zechen in den beiden Halbjahren dieselben; daraus folgt, daß die am 1. September in Kraft tretende Preiserhöhung tatsächlich einen Extraprofit für die Grubenbesitzer bedeutet, der in keiner Weise mit gestiegenen Löhnen oder erhöhten Selbstkosten begründet werden kann.

Die neuen Kohlenpreise sollen vorläufig für September und Oktober gelten. Nimmt man zwei Drittel der Förderung des 2. Quartals dieses Jahres als Grundlage, so machen die Ruhrgrubenbesitzer auf Grund der Preiserhöhung allein in den beiden genannten Monaten die Kleinigkeit von 11 1/2 Millionen Mark Ertragsgewinne.

Vielleicht sind das keine Kriegsgewinne, gemessen an den Ueberschüssen einzelner Munitions- und sonstiger Unternehmungen der Kriegsindustrie, jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß mit der neuesten Kohlenpreiserhöhung die Grubenbesitzer auf dem Wege sind, tatsächlich „Kriegsgewinne“ zu erzielen. Wir sind der Meinung, daß die Allgemeinheit ein sehr großes Interesse daran hat, zu verhindern, daß zu dem Lebensmittelwucher auch noch der Kohlenwucher tritt. Unter keinen Umständen kann sie damit zufrieden sein, wenn die Bergherren dabei sind, bei einer Förderung von 70 pSt. denselben Ueberschuß herauszuschlagen wie in Friedenszeiten.

Die vorgeschobene Sorge um den Gemeindefiskus kann man nicht ernst nehmen. Es liegen sich duhndfach Beweise dafür beibringen, daß bei der Dividendenpolitik alles andere, nur nicht das Interesse der Kommunen maßgebend ist. Im übrigen glauben wir, daß das Interesse der Gemeinden und der Allgemeinheit am besten dadurch gewahrt würde, wenn eine durchgreifende, genügend große Lohnerhöhung vorgenommen würde, fündemalen der Arbeiter sein Einkommen bis auf den letzten Heller versteuern muß.

Eine Konferenz zur Erörterung von Fragen des Heimarbeiterschlusses fand am 3. August in Berlin auf Einladung der Auskunftsstelle für Heimarbeitreform, Berlin, Nollendorfstr. 29/30, statt, an der Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, des Bureau für Sozialpolitik, der Gesellschaft für Soziale Reform und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinteressen teilnahmen. Den Vorsitz führte Professor Franke, Berlin. Die Verhältnisse in der Heimarbeit weisen in letzter Zeit eine erhebliche Verschlechterung auf, und auch die Zukunftsaussichten sind nicht minder traurig. Trotz der allgemeinen Teuerung, die den meisten andern Arbeitern wenigstens beschiedene Lohnaufbesserungen brachte, sind die Löhne in der Heimarbeit gleichgeblieben, wo nicht gesunken. Namentlich die zahlreichen Frauen und Wäwen der Kriegsteilnehmer und die Kriegsbeschädigten, die einen gewissen Rückhalt an ihrer

Rente haben, drücken mit ihrem billigen Arbeitsangebot auf die Löhne. Angesichts der starken Vermehrung der Heimarbeiter im Kriege und ihrer mitleidigen Lage erscheint ein kräftiges Eingreifen der maßgebenden Behörden dringend geboten. Sind doch heute, fast 3 Jahre nach Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes, die wichtigsten Bestimmungen desselben aus Mangel an Ausführungsverordnungen des Bundesrates nicht in Tätigkeit. Weder sind die dort vorgesehenen Lohnbücher und Lohnlisten in Kraft gesetzt, noch ist auch nur ein einziger Fachauschuß errichtet. Die Forderung, nun endlich das auszuführen, was vor Jahren die gesetzgebenden Körperschaften beschlossen haben, ist durchaus berechtigt. Allerdings enthalten die Fachauschüsse nicht das, was allein wirksam das Elend in der Heimarbeiterarbeit lindern kann; die Befugnis, die Löhne rechtsverbindlich festzusetzen, und ihre Machtvollkommenheiten sind nur sehr gering, wesentlich begrenzender Natur; aber wenigstens diese bescheidenen Möglichkeiten sollten benutzt werden. Scharfen Widerspruch erregten die Ausführungsverordnungen zu den Fachauschüssen, durch die eine Vertretung der Heimarbeiter durch Arbeitersekretäre so gut wie ausgeschlossen ist. Es wurde festgestellt, daß diese Verordnung im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung vom November 1911 steht, in der ausdrücklich eine weitberühmte Auslegung versprochen war. Die Frage der Mitwirkung der Arbeitersekretäre bei allen Arbeiterangelegenheiten ist durch den Krieg grundsätzlich erledigt; sie sind ein unentbehrlicher Faktor der Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen.

Sodann wurde die Frage der Heimarbeiterlöhne bei öffentlichen Lieferungen erörtert. Die mannigfachen und anerkennenswerten Bemühungen, namentlich der Militärbehörden, dem Lohnvucher auf diesem Gebiete entgegenzutreten, werden vielfach leider durchkreuzt durch die zahlreichen Zwischenpersonen, die sich zwischen der Lieferung übernehmenden Unternehmer und den Heimarbeiter schieben, durch die Unkenntnis der Heimarbeiter und den Mangel an Öffentlichkeit der Löhne. So finden sich an denselben Orten Lohnverträge von 100 pSt. und mehr. Die in manche Lieferungsverträge aufgenommene Formel, daß die „ortsüblichen“ oder „anständigen“ Löhne gezahlt werden sollen, ist in der Heimarbeiterarbeit so gut wie wirkungslos; notwendig ist eine genaue Festsetzung der Stücklöhne und Veröffentlichung derselben durch Aushang in den Räumen, wo Heimarbeiter ausgegeben und angenommen wird. Nur wenn der Heimarbeiter genau weiß, was er zu fordern hat, wird die Absicht, ihm zu anständigen Löhnen zu verhelfen, verwirklicht werden. Auch wurde die Ausdehnung des Lohnschutzes auf die nicht bestellte, sondern gekaufte Ware gefordert. So wurde von dem Vertreter des Tabakarbeiterverbandes darauf hingewiesen, daß in der Tabakindustrie die Geheerverwaltung die Ware nicht bestellt, sondern fertig kauft.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, der Bekämpfung von schwindelhaften Angeboten von Heimarbeiterarbeit und schwindelhaften Unterrichtsreisen, wurde eine ausgedehnte Agitation in der Öffentlichkeit vorgeschlagen. Zur Ausarbeitung und weiteren Vertretung der in der Konferenz mit großer Einmütigkeit beschlossenen Forderungen zum Schutze der Heimarbeiter wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt.

**Verschiedenes.**

**Das Rathaus von Allenstein und die Russenzeit.** Einen eigenartigen künstlerischen Schmuck wird nach dem „B. L.“ das seiner Vollendung entgegengehende Allensteiner Rathaus erhalten: Darstellungen aus der Russenzeit. Wie erinnerlich, war die Stadt Allenstein nur einen Tag lang in den Händen der Russen, die am 27. August v. J. einrückten und am 28. wieder aus der Stadt flüchteten. Der Einmarsch und die Flucht sollen nun „verewigt“ werden. Auf einigen Tafeln sieht man das Wäddereigewerbe bei Ausübung seiner Tätigkeit dargestellt, also beim Zurichten des Teiges und beim Backen. Diese Darstellungen sollen darauf hinweisen, daß der russische Kommandant der Stadt aufgab, vom 28. August früh 6 Uhr ab u. a. 120 000 Kilogramm Brot für die russischen Soldaten zu liefern. Darum mußte in allen Wäddereien der Stadt die ganze Nacht hindurch gebacken werden. Da die Wädder geflüchtet waren, mußten sich an der Arbeit Angehörige anderer Gewerbe, darunter auch Frauen, beteiligen.

**Fachtechnisches.**

**Patentschau.** Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2 Abschriften billigt. Auskünfte frei. Angemeldete Patente: Kl. 22c. G. 42 872. Verfahren zur Herstellung von Farb- und Bronzejollen. Geheimer Kartonpapierfabrik G. m. b. H., Berlin. Angemeldet 3. Mai 1915. Gebrauchsmuster: Kl. 33d. 633 316. Bildträger zum bequemen Transportieren eines auf Reisträgern gespannten Gemäldes. Rob. Hahn, Dresden. Angemeldet 28. Juni 1915. — Kl. 75a. 633 847. Radier- und Gummiermaschine. Firma Rich. Billhöfer, Nürnberg. Angemeldet 20. Dezember 1913. — Kl. 75c. 633 878. Palettenhalter. Anna Michaleis, Baden-Baden. Angemeldet 2. Juli 1915. — Kl. 75e. 633 979. Walze zum Uebertragen und Ausstragen von Farbe, Ausstreichen breiter Massen oder dergleichen. Jul. Catal, Leipzig. Angemeldet 10. Mai 1915. — Kl. 75c. 634 079. Vorrichtung zum Festzeichnen. Gertha Schmidt, Bremer i. H. Angemeldet 10. März 1915. — Kl. 81c. 634 183. Durchschneide. Max Niedermayer, München. Angemeldet 15. Juli 1915.

**Literarisches.**

**Bilder aus der Reichstagsfraktion.** I. Die Mitte. Von einem alten Parlamentarier. Der Verfasser macht auf Grund langer Erfahrung den dankenswerten Versuch, einen Einblick in die Zusammenhänge, die Beratungen und die Entwicklung der sozialdemokratischen Fraktion zu gewähren.

Der in der Broschüre eingenommene Standpunkt ist der der Mitte: Die Partei soll wieder in der revolutionären Ueberlieferung stecken bleiben noch in sozialreformistisch-bürgerliches Fahrwasser geraten, sondern als sozialistische Arbeiterpartei tätig sein, den wirklichen Fortschritt zur politischen Freiheit und sozialen Umgestaltung fördern. In den folgenden Broschüren soll der Standpunkt der Linken und der Rechten beleuchtet werden.

Vom Verlag der Internationalen Korrespondenz (IK), Berlin-Karlshorst sowie von jeder Buchhandlung zu beziehen. Preis 10 A, Porto 3 A.

**Jahrbuch 1914 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.** Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin 1915. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Aus dem Inhaltsverzeichnis seien angeführt: Die Kriegsmahnahmen des Vorstandes. Die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern. Lohnbewegung und Tarifverträge. Unfallschutz und Gewerbeinspektion. Ministerbesuch im Verbandshaus. Der Verband und die Kriegsinvaliden. Eine Politaktion gegen den Verband. 888 Seiten Großformat. Preis: Broschiert M. 2; gebunden M. 2,50.

**Arbeiter-Jugend.** Die lehrerschienene Nr. 18 des siebten Jahrgangs hat unter anderm folgenden Inhalt: Jugend und Sozialismus. — Im Symphoniekonzert. (Schluß.) Von T. Rudolph. — Peter Spachlerle. Von Sepp Dertler. — Vom Trentino. (Mit Abbildungen). — Für künftige Tage. Von B. Söllmann. — Zur Urgeschichte Rußlands. Von B. Sommer. — Aus der Jugendbewegung.

**Dem Bruder.**

Kein Trauerzeichen trägt der Ort,  
Drauf tobnund du gesunken,  
Nur bunter blüht die Erde fort,  
Die einst dein Blut getrunken.

Wer flüht mit uns? Stiefmutter Natur,  
Zu groß für Hasen und Lieben,  
Hat spielend unserz Namens Spur  
Inz rinnende Wasser geschrieben.

Was blieb, o Bruder, noch von dir?  
Nachdem verhallt die Klage,  
Lebst du verbleibend nur in mir,  
Ein Traumbild meiner Tage.

Und all das namenlose Leid,  
Der Jammer unvermessen:  
Just über eine kleine Zeit  
Mit dir und mir vergeffen!

Serg („Arbeiter-Jugend“)

**Vereinstell.**

**Bekanntmachungen.**

In Nr. 34 des „Vereins-Anzeigers“ haben wir bekanntgemacht, daß dem Mitgliede Johannes Ungewitter das Verbandsbuch Nr. 37 819 gestohlen wurde. Die Sache ist erledigt, nachdem durch die Polizei dem Kollegen das Mitgliedsbuch wieder zurückgebracht wurde.

Der Verbandsvorstand,

**Bericht der Hauptklasse vom 23. bis 28. August.**

Eingelandt wurden für die Hauptklasse: Hamburg M. 300, Halle 300, München 500, Nürnberg 300, Worms 100, Allenburg 100, Breslau 250.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken):  
Breslau 1000 B à 120 A, 100 B à 10. Dresden 4000 B à 80, 2000 B à 100, 800 B à 115, 1200 B à 120. Dören 200 B à 110. Schleswig 100 B à 120. Spandau 200 B à 75, 200 B à 95, 200 B à 115. Straßburg 200 B à 75.

Die Woche vom 5. bis 11. September ist die 36. Beitragswoche.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 35 des „Correspondenzblattes“ bei.



**Gedenktafel**

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Uben, Gajo, Mitglied der Filiale Wilhelmshaven, geb. am 20.12.92 zu Heppens, seit 24.4.11 im Verband.
- Sode, Paul, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. am 28.4.78 zu Helmstedt, seit 17.2.13 im Verband.
- Dressel, Hermann, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 10.4.80 zu Berlin, seit 8.7.05 im Verband.
- Bähring, Fritz, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 25.4.86 zu Ascherleben, seit 8.5.14 im Verband.
- Dinges, August, Mitglied der Filiale Mainz, geb. am 18.6.74 zu Mainz, seit 16.3.98 im Verband.
- Offenacher, Karl, Mitglied der Filiale Jena, geb. am 25.10.88 zu Goldbach, seit 14.10.07 im Verband.
- Goralski, Julius, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 8.4.88 zu Ploem, seit 28.5.05 im Verband.
- Greiter, Friedrich, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 30.3.88 zu Rehn, seit 28.2.12 im Verband.
- Pahmann, Paul, Mitglied der Filiale Magdeburg, geb. am 16.2.89 zu Calbe, seit 6.4.11 im Verband.
- Heuneste, Max, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 16.9.85 zu Rönigsgrünthausen, seit 2.1.09 im Verband.
- Jacob, Hermann, Mitglied der Filiale Brandenburg, geb. 2.3.93 zu Brandenburg, seit 6.4.11 im Verband.
- Jonas, Ernst, Mitglied der Filiale Brandenburg, geb. 12.11.94 zu Brandenburg, seit 25.8.18 im Verband.
- Ruochenhauer, Otto, Mitglied der Filiale Magdeburg, geb. am 14.3.88 zu Magdeburg, seit 8.3.14 im Verband.
- Krüger, Emil, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 4.2.88 zu Sellendorf, seit 27.2.05 im Verband.
- Serche, Max, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 18.4.90 zu Friedrichshagen, seit 30.3.08 im Verband.
- Leutner, Wilhelm, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 1.3.85 zu Braunschweig, seit 24.11.07 im Verband.
- Mahnke, Gustav, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 8.9.89 zu Havelberg, seit 9.2.08 im Verband.
- Wienzen, Albert, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 17.4.88 zu Schöneberg, seit 31.7.09 im Verband.
- Müller, Aug., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 15.5.93 zu Wilhelmshaven, seit 29.4.11 im Verband.
- Münch, Adolf, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 17.12.96 zu Braunschweig, seit 8.5.14 im Verband.
- Peters, Heinrich, Mitglied der Filiale Wilhelmshaven, geb. am 2.5.91 zu Nordham, seit 15.4.09 im Verband.
- Petersen, Gustav, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 13.12.89 zu Neumünster, seit 10.4.09 im Verband.
- Pieper, Richard, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 17.12.92 zu Büchel, seit 30.10.11 im Verband.
- Pischel, Paul, Mitglied der Filiale Potsdam, geb. am 15.11.94 zu Gr.-Kreh, seit 7.6.13 im Verband.
- Randow, Hermann, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 10.12.78 zu Zuberad, seit 18.4.08 im Verband.
- Reuten, Richard, Mitglied der Filiale Wilhelmshaven, geb. 4.4.98 zu Bant, seit 4.4.11 im Verband.
- Risemann, Otto, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 8.11.92 zu Braunschweig, seit 2.4.12 im Verband.
- Schneider, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 14.10.88 zu Steglitz, seit 6.9.08 im Verband.
- Schumm, Willt, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 9.10.90 zu Braunschweig, seit 14.4.09 im Verband.
- Steinmann, Albert, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. am 2.12.88 zu Braunschweig, seit 28.9.09 im Verband.
- Tappe, Willt, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 18.6.93 zu Braunschweig, seit 22.4.11 im Verband.
- Trenk, Georg, Mitglied der Filiale Mainz, geb. am 6.3.87 zu Landersbach, seit 16.4.18 im Verband.
- Wagner, Paul, Mitglied der Filiale Brandenburg, geb. 9.4.91 zu Brandenburg, seit 16.7.15 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!

**Grosses Sparsystem**

zum Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern!  
Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über **Herrenkleider, vom besten Publikum stammend,** kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

- Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-
- Ueberzieher und Ulster „ 6,- „ 40,-
- Hosen „ 3,- „ 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

**L. Spielmann,**  
Versandhaus für wenig getragene Kavallerkleider,  
München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

**2 tüchtige Anstreicher**  
für dauernde Arbeit  
gesucht.

Solche, welche schon in größeren Fabrikbetrieben beschäftigt waren, werden bevorzugt. Angebote mit Lohnansprüchen zu senden an Rudolf Mosse, Köln, unter K. G. 9806.

**Weisse Wasserglas-Schmierseife**

4 30 pro Zentner, in Holzkübeln netto, in Blechwannen brutto für netto

**Seifenpulver**

lose in Säcken, 4 30 pro Zentner liefert von 100 Pfund an unter Nachnahme franko jeder deutschen Bahnstation

**Seifenfabrik S. Strauss**  
Offenbach a. M.  
— Tüchtige Vertreter gesucht —